

Pierre Maudet : verurteilt - und doch wiedergewählt

Autor(en): **Herzog, Stéphane**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **50 (2023)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1052135>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Pierre Maudet: Verurteilt – und doch wiedergewählt

Er hat mehrfach gelogen, sich eine königliche Reise bezahlen lassen und ist strafrechtlich verurteilt worden. Dennoch ist Pierre Maudet erneut zum Genfer Staatsrat gewählt worden. Seine Wiederwahl sorgt vor allem in der Deutschschweiz für enorme Verwunderung. Laut Politologen setzte er geschickt sein Charisma ein.

STÉPHANE HERZOG

«Für ihn ist es ein Triumph», urteilt Nenad Stojanović, Politologe an der Universität Genf. Die Wiederwahl gelang Pierre Maudet nach der langen Durststrecke, die auf ein politisches Debakel folgte: Parteiausschluss, Auflösung seines Departements im Staatsrat, strafrechtliche Verurteilung wegen Vorteilnahme und eine vernichtende Berichterstattung in den Schweizer Medien.

Am Anfang dieses Skandals stand eine Reise nach Abu Dhabi im Jahr 2015 – bezahlt von einem Sultan. Mehr als 50 000 Franken soll sie gekostet haben. Diesen Betrag muss Pierre Maudet dem Kanton Genf als Schadenersatz zahlen – so das vom Berufungs- und Revisionsgericht Genf am 26. Mai 2023 festgesetzte Strafmass. Der frisch wiedergewählte Staatsrat wurde ausserdem zu einer bedingten Geldstrafe von 120 000 Franken verurteilt. Pierre Maudet «hat sich der ungerechtfertigten Vorteilnahme schuldig gemacht und das Risiko in Kauf genommen, dass dieser Vorteil ihm mit dem Ziel gewährt wurde, seine Tätigkeit als Staatsrat zu beeinflussen», so der Urteilsspruch. Die Affäre Maudet, die im Mai 2018 durch die «Tribune de Genève» aufgedeckt wurde, erregte schweizweit Aufsehen. Dies umso mehr, als sie auf die Bundesratswahl von 2017 folgte. Damals wäre dem Genfer fast der Durchbruch gelungen. «Aus politischer Sicht war es ein schwerwiegender Fall und 99 Prozent aller Gewählten wären wohl zurückgetreten», so Stojanović.

Überraschung, Wut und Bewunderung

Die Nachricht von Maudets Wiederwahl – und der Wahl von elf Mitgliedern der von ihm gegründeten Liste «Libertés et Justice sociale» – löste gemischte Gefühle aus: Überraschung, Wut – und Bewunderung. «Dass er wiedergewählt wurde, ist ausserordentlich», sagt der Politologe und Medienwissenschaftler Lukas Golder, Co-Leiter des Forschungsinstituts gfs.bern. In Bundesbern reagierte man zurückhaltend auf die Rückkehr Maudets in die Politik. Mitglieder des Nationalrats verwiesen lediglich auf das Recht des Wahlvolks, seine Vertretenden zu bestimmen. Die NZZ hingegen verglich Pierre Maudet mit Donald Trump und sprach von einer «Genferei» – ein Verweis auf die Skandale, die in Genf mit einer gewissen Regelmässigkeit auftreten. Schweizer Politologen erklären sich die Wiederwahl in erster Linie mit dem aussergewöhnlichen Pro-

fil von Pierre Maudet: Intelligenz, Belastbarkeit und ein glückliches Händchen für Kommunikation. «Mit einem solchen Profil würde das Wahlvolk wohl auch in einem anderen Kanton so grobe Fehlritte verzeihen», mutmasst Lukas Golder. Das Mehrheitswahlrecht erlaube es solchen Persönlichkeiten, sich grossflächig Stimmen zu sichern. Nenad Stojanović ortet primär ein Imageproblem der Romandie und sagt: «Diese Genferei-Geschichte ist ein



Der Höhenflug nach dem tiefen Fall: Pierre Maudet wird am 2. April dieses Jahres nach seiner erneuten Wahl in die Genfer Regierung von Anhängerinnen und Anhängern frenetisch gefeiert.
Foto Keystone

Mythos.» Sein Kollege Pascal Sciarini von der Universität Genf erinnert zudem daran, dass 2017 auch die Deutschschweizer von Bundesratskandidat Maudet begeistert waren: «Sein Wahlkampf war ausgezeichnet. Er hätte es fast geschafft. Ein vergleichbares Szenario wäre sicher auch in einem anderen städtischen Kanton möglich gewesen.»

Grösster politischer Skandal seit der Affäre Kopp

«Die Affäre Maudet ist die grösste politische Krise der Schweiz seit dem Rücktritt von Elisabeth Kopp im Jahr 1989», schrieb Philippe Reichen, der Westschweizer Korrespondent des «Tages-Anzeigers». «Kopp hat unter Druck gelogen und wurde nicht verurteilt, anders als Maudet, der über lange Zeit gelogen hat», ergänzt Lukas Golder. Verzeiht die Schweizer Politik den Männern, was sie Frauen nicht durchgehen lässt? «Nach ihrem Rücktritt hat Elisabeth Kopp keinen politischen Neuanfang gewagt», sagt Golder. Etliche männliche Politiker hätten nach

Ylfete Fanaj, eine Luzerner Pionierin

Fehlern eine zweite Chance erhalten, «Frauen neigen eher dazu aufzugeben». Der Politologe führt den Fall von Geri Müller an, dem ehemaligen Stadtammann von Baden (AG) und Nationalrat der Grünen, der 2014 wegen einer Affäre um Nacktselfies von seinen Aufgaben entbunden wurde. Er verzichtete auf eine erneute Kandidatur für den Nationalrat und wurde drei Jahre später als Stadtammann abgewählt. In diesem Fall lag aber nur ein moralisches und kein strafrechtliches Fehlverhalten vor. Der Solothurner Regierungsrat Roberto Zanetti wiederum war 2004 in eine Wahlkampf-Spendenaffäre verwickelt und zahlte die Spenden zurück. Als er 2005 abgewählt wurde, zog er sich zunächst aus dem politischen Leben zurück, wurde dann aber 2010 in den Ständerat gewählt. Auch hier keine Spur einer Verurteilung.

Pierre Maudet trat zwar als Staatsrat zurück, aber nur, um seine eigene Position zu stärken. Zwischen den beiden Wahlgängen in Genf stellte der Staatsrat der Grünen Antonio Hodgers empört die Frage: «Wenn das Wahlvolk entscheidet, jemanden an die Macht zu bringen, der wegen Korruption verurteilt wurde, der alle Institutionen belogen hat (...), welchen Wert hat Ethik dann noch in der Politik?» Doch Pascal Sciarini liefert einen Erklärungsansatz: «Die Leute wollten sein Fehlverhalten vergessen und sich nur an das Gute erinnern.»

Wer wählt, wählt primär einen Menschen

Lukas Golder verweist darauf, dass «die Medien sehr schnell ein moralisches Urteil fällen. Wer wähle, schaue hingegen eher «auf den Menschen in der Hoffnung, dass er sich bessert». Während seines letzten Wahlkampfes versuchte Pierre Maudet zum Ausdruck zu bringen, dass ihm die Leute am Herzen liegen. Nenad Stojanović hält Maudet durchaus für empathiefähig. Vor allem aber habe Maudet echte Fans, «eine Seltenheit in der Schweizer Politik». Allerdings: Im Umgang mit Beamten hat Maudet auch ein brutales Gesicht gezeigt. Ein weiterer Schatten auf dem Gesamtbild? Pierre Maudet «ist sich des strafrechtlichen Charakters seiner Handlungen immer noch nicht ansatzweise bewusst und beruft sich auf die Rechtsunsicherheit, um sich jeglichen Sanktionen zu entziehen», urteilte das Genfer Gericht.

Nun hat Maudet «keine andere Wahl, als mit seinen Kolleginnen und Kollegen im Genfer Staatsrat effizient zusammenzuarbeiten. Vielleicht kann er in fünf Jahren seine Legitimität ganz wiedererlangen», sagt Lukas Golder.



Fotos Keystone

Als Ylfete Fanaj Mitte Mai die Wahl in die Luzerner Kantonsregierung schaffte, war das mehrfach bemerkenswert. Mit der 41-jährigen Stadtluzernerin kehrte die Sozialdemokratische Partei nach mehreren Jahren Unterbruch in die bis dahin rein bürgerliche – und rein männliche – Exekutive zurück. Und: Ylfete Fanaj ist schweizweit die erste Regierungsrätin mit kosovarischen Wurzeln. Kosovarinnen und Kosovaren, vor allem albanischsprachige, gehören zu den grössten Einwanderungsgruppen hierzulande. Fanaj, geboren in Prizren, kam Anfang der 1990er-Jahre als neunjähriges Kind und Tochter eines Saisonarbeiters in die Schweiz. Die Familie lebte in der luzernischen Kleinstadt Sursee. Diese sei lange ihre Heimat gewesen und habe sie geprägt, so Fanaj. In Sursee wurde sie mit zwanzig eingebürgert. Eine kaufmännische Lehrstelle hatte die gute Sekundarschülerin erst nach 200 Absagen erhalten – eine Erfahrung, die sie mit anderen vom Balkan stammenden Jugendlichen teilte. Doch die leistungswillige junge Frau absolvierte die Berufsmatur und studierte Soziale Arbeit. Beruflich wurde sie Integrationsbeauftragte des Kantons Nidwalden. Ihre politische Laufbahn in Luzern führte Ylfete Fanaj klassisch-schweizerisch von unten nach oben: Stadtparlament, Kantonsparlament, dort Fraktionschefin, dann Ratspräsidentin. Nun regiert sie den Kanton Luzern mit, der als konservativ gilt. Das stiess auf breite Beachtung, in der Schweiz wie auch in Kosovo. «Wandel ist möglich», stellte Fanaj selber fest. Obwohl Pionierin, wehrte sich die Mutter eines kleinen Sohns aber dagegen, ihre Wahl als Besonderheit zu sehen. Vielmehr sei die Luzerner Kantonsregierung jetzt «ein Abbild der vielfältigen Gesellschaft», betonte sie.

SUSANNE WENGER